

DR. KLAUS HUSEMANN
Parlamentarischer Staatssekretär
im Sächsischen Staatsministerium für Kultus

O-8060 Dresden
Palaisplatz 2d
Fernruf: 0351/5982-301
Telefax: 0351/55245

Herrn
Michael Hannich
Zittauer Str. 3

0-8900 Görlitz

Sehr geehrter Herr Hannich,

zu der gelungenen Veranstaltung am 05.12. dieses Jahres möchte ich Ihnen gratulieren und mich nochmals bei Ihnen für die Einladung bedanken.

Beiliegend übersende ich Ihnen, wie abgesprochen, das Manuskript meines Vortrages zu Ihrer Verwendung.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Husemann

Dresden, d. 08.12.92

Anlage

**Vortrag auf der ersten gemeinsamen Sitzung
des Landeselternrates Sachsen mit dem
Landeselternbeirat Baden-Württemberg
am 05. 12. 1992**

Ich verstehe das heutige Treffen als einen Erfahrungsaustausch über den bisherigen Weg und ein Nachdenken über die Zukunft.

Zugleich markiert das heutige Treffen einen ersten Abschnitt in der noch jungen Geschichte in der sächsischen Elternvertretung, die eng verbunden ist mit den Veränderungen auf politischer, wirtschaftlicher und vor allem natürlich auf bildungspolitischer Ebene innerhalb der letzten drei Jahre.

Zum Bundeselterntag im April dieses Jahres war in Sachsen trotz des bereits beschlossenen Schulgesetzes noch manche Frage offen bezüglich der Einführung des neuen Schulsystems. Seit August lernen die Schüler und lehren die Lehrer nun in neuen Schularten.

Diese Struktur findet sich erstmals auch im neugewählten Landeselternrat wieder, der Vertreter jeder Schulart aus allen drei Oberschulämtern vereinigt.

Heute Nachmittag werden wir Gelegenheit haben, in schulartbezogenen Arbeitsgruppen gemeinsam spezifische Aufgaben und Probleme der einzelnen Schularten zu diskutieren. Referenten aus dem Kultusministerium werden Ihnen dabei mit fachlichem Rat zu Seite stehen.

Ich möchte deshalb in meinem Beitrag auf diesbezügliche Einzelfragen nicht eingehen.

Sondern Ihnen vielmehr vorschlagen, daß wir in der großen gemeinsamen Runde am Vormittag uns über jene Bereiche und Themen austauschen, welche unabhängig von Schulart und regionaler Situation eine zwingende Herausforderung für die zukünftige Zusammenarbeit von Elternhaus und Schule ist.

Von den vielfältigen uns in den letzten drei Jahren bewegenden Entwicklungen läßt uns eine derzeit am allerwenigsten zur Ruhe kommen: nämlich die wachsende Gewaltbereitschaft und Polarisierung in der Gesellschaft.

Ich möchte diese Entwicklung bewußt nicht, wie es mitunter in den Medien geschieht, eingrenzen allein auf das Verhalten Jugendlicher.

Denn, damit würden wir es uns viel zu einfach machen.

Nur machen uns eben diese Erscheinungen in ihrer Radikalität gerade bei Kindern und Jugendlichen wohl am meisten betroffen. Ebenso wenig ist es ein spezifisches Problem der neuen Bundesländer.

Das ist daher ein Thema, welches Eltern in Sachsen ebenso bewegt wie Eltern in Baden-Württemberg und sich daher für die heutige Veranstaltung geradezu anbietet.

Das Verhalten zahlreicher Jugendlicher zeichnet sich bereits seit längerer Zeit durch zunehmende Gewaltbereitschaft, Intoleranz, der Annahme rechts- oder linksorientierter Erklärungsmuster und ausländerfeindliche Handlungen aus.

Ein Rückgang dieser Tendenz ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erkennen.

Wirkungsvolle Konzepte um diese Entwicklung aufzuhalten, sind dringend erforderlich, denn: punktuelle Gegenmaßnahmen lassen keinen Dauererfolg erwarten.

Hinter den oftmals auch spektakulär an die Öffentlichkeit gebrachten Verhaltensweisen verbergen sich eine allgemeine Wertunsicherheit und Orientierungslosigkeit.

Beide ist Ursache dafür, daß einzelne oder auch ganze Gruppen nicht oder nur unbefriedigend dazu befähigt werden, die Vielzahl der derzeitigen sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen zu verarbeiten.

Der enorme Anpassungsdruck, unter dem viele Menschen gerade in den neuen Bundesländern stehen, läßt vielleicht zuwenig Raum für die Aufarbeitung zurückliegender Erfahrungen.

Beides führt vielfach zur Verzerrung der Sicht auf die Wirklichkeit, zum Verlust kultureller Identität und zur Annahme ungeeigneter Lösungswege.

Das alles hat eher den Charakter von Verdrängungsmechanismen oder Frustrationsventilen und kann sich, wenn dem nicht Einhalt geboten wird, zu einer ernsthaften Gefährdung des gesellschaftlichen Lebens entwickeln.

In Summe: das Verhältnis von Jugendlichen zur Gewalt und die Einordnung der Jugendlichen in das politische Spektrum ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft insgesamt.

Als Besonderheit bei Jugendlichen würde ich zwei Dinge sehen:

1. die Formbarkeit und Beeinflussbarkeit von Jugendlichen,
2. eine besondere Verunsicherung von Jugendlichen, weil gleichzeitig der gesellschaftliche und der persönliche Bezug, letzteres z.B. die Eltern, weggebrochen sind.

Speziell das Problem oder besser die Aufgabe "Gewalt an Schulen" wurde und wird sehr ernst genommen.

Genannt seien hier als Aktivitäten des SMK:

1. Eine Handreichung für Lehrer, die im Februar 1992 an alle Schulen gegangen ist, mit dem Thema: Umgang mit Gewaltakzeptanz.
2. Beginn eines Aktionsprogrammes "Jugend und Gewalt" im März 1992
3. Ebenfalls im März legten die sächsischen Staatsministerien für Inneres, Justiz, Soziales und Kultus ein gemeinsames "Konzept zur Eindämmung und Zurückdrängung von Rechts extremismus sowie Gewaltbereitschaft" vor.
4. Zwischen der Gewerkschaft GEW, dem Lehrerverband VBE und dem Kultusministerium wurde ein gemeinsames Projekt "Schule ohne Gewalt" gestartet, das gestern in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.
Ziel ist u.a. die bessere Zurüstung der Lehrer auf diese Aufgabe, die Einbeziehung anderer Erfahrungsträger und auch die Einbeziehung der Medien in diese Aufgabe.
5. Zu nennen ist hier nicht zuletzt der kürzlich im sächsischen Kabinett verabschiedete Landesjugendplan mit einem Gesamtvolumen von 30 Mio DM für Maßnahmen der Jugendarbeit im Jahre 1992.

Parallel zu unserer Veranstaltung treffen sich z.B. gegenwärtig in einem Gymnasium in Dresden engagierte Vertreter aus den verschiedenen Bereichen der Bildung und Erziehung, um gemeinsam über Ursachen und Konzepte der Gewaltbereitschaft zu beraten.

In gewisser Weise ist es ungünstig, daß beide Termin aufeinanderfallen, denn Sie als Landeselternvertreter sind für dieses wichtige Anliegen unverzichtbare Partner und Multiplikatoren. Zugleich bietet unsere heutige Veranstaltung Chancen anderer Art - nämlich den unmittelbaren Erfahrungsaustausch von Eltern aus Sachsen und Baden-Württemberg und dem Sächsischen Kultusministerium.

Eine weitere Möglichkeit, um Gewaltbereitschaft in der Schule zu begegnen, eröffnet sich aus den Vorschlägen, die Herr Hannich in den Landesbildungsrat eingebracht hat. Ich bin ihm für diese Initiative zu großem Dank verpflichtet. Dieser Vorschlag zielt auf die Einrichtung der Arbeitsgruppe Werteerziehung, der Vertreter des Landeselternrates, der Lehrer, des Landesschülerrates und der Kirchen angehören sollen. Nachdem nun die neugewählten Eltern und Schülerräte auf Landesebene konstituiert sind, werden wir diese Arbeitsgruppe im Januar einberufen.

Wie wichtig und notwendig solche übergreifenden Gremien als koordinierende und übergreifende Instanz sind, das Entscheidende muß und wird immer vor Ort passieren. Das heißt, in der Schule, in der Klasse und natürlich in der Familie, eben dort, wo wir den einzelnen Schüler in seinem konkreten sozialen Umfeld erleben und erreichen können.

Das mir vorgeschlagene Referatsthema lautete:
"Das Menschenbild im Grundgesetz und seine gestaltende Kraft - Konsequenzen für Bildung und Erziehung".
Einige von Ihnen werden sich jetzt mit Recht mehr oder weniger fragen, was denn das bisher Ausgeführte mit dem so sehr schönen Thema zu tun hat.
Ich bin der Auffassung, das **ist** das Thema.

Denn im Grundgesetz ist eindeutig festgestellt, und zwar nicht irgendwo, sondern am Anfang.

Ich zitiere: "Die Würde des Menschen ist unantastbar".

Das ist ernstgemeint und es zieht sich wie ein roter Faden durch das gesamte Grundgesetz und:

Es ist kein Futter für Sonntagsreden, in denen vorhandene Probleme schöneredet oder hinter ethische Fassaden analog zu Potjeminschen Dörfern gesteckt werden können.

Bereits im Grundgesetz zeichnet sich eine klare Linie vom Menschenbild über die Erziehung zur Sozialisation ab.

Und das Grundgesetz schreibt fest, daß die freie Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet wird und ist, aber eben jeder Persönlichkeit.

Das heißt doch aber, die Grenzen sind dort gezogen, wo die Rechte anderer beschnitten werden.

An dieser Stelle wird gerade das Grundgesetz gern verkürzt und damit falsch interpretiert, indem der Freiheitsbegriff zum Recht des Stärkeren im Sinne einer falschverstandenen Liberalität verfälscht wird.

Notwendig erscheint mir in diesem Zusammenhang eine alte Weisheit, die sich im Mittelalter an fast jedem Rathaus als Spruch fand, nämlich:

die stärkere Betonung des Menschen als Gemeinwesen.

Da ich nun heute und hier vor Eltern sprechen darf, wird mir hoffentlich nachgesehen, daß ich das Thema nicht allgemein, sondern am Beispiel der Kinder und Jugendlichen behandle, die ja in der Schule und zu Hause unsere besondere Zuwendung brauchen.

Sie haben richtig gehört, ich spreche von Zuwendung.

Denn Heranwachsende brauchen diese unsere Zuwendung im besonderen Maße.

Es geht z.B. darum, in die Jugend nicht unsere Ängste, unsere Befürchtungen, aber auch nicht unseren Ehrgeiz zu transportieren.

Und es geht darum, Jugend nicht zu überfordern, in dem von ihnen Verantwortung für Entwicklungen verlangt wird, die sie nicht verursacht haben.

Das, was Eltern und Schule zu leisten haben, sehe ich als wesentliche Säulen von Jugendpolitik insgesamt an. Dabei ist mir bewußt, daß Jugendpolitik und ihre Umsetzung ein weites Feld sind, denn

1. Die Jugend im allgemeinen gibt es nicht.

Es ist vielmehr eine Differenzierung notwendig, der auch Jugendpolitik folgen muß.

Jugendpolitik darf dabei nicht nur Problemgruppen sehen, die ja eine Minderheit darstellen, sondern alle Jugendlichen einbeziehen.

2. Jugend steht nicht im luftleeren Raum.

Das heißt, Jugendpolitik hat das gesamte gesellschaftliche Umfeld zu beachten, als Beispiel nenne ich Eltern, Schule, Kirchen, Staat usw.

3. Jugendpolitik darf nicht nur auf Gegenwärtiges reagieren

- so wichtig das ist, sondern muß Zukunft, Gewesenes und Gegenwärtiges zusammenfügen.

Denn Zukunftsgestaltung steht nur dann auf einem sicheren Fundament, wenn sie Zielprojektion, Erfahrungen und die realen Möglichkeiten zur Gestaltung einschließt.

4. Jugendpolitik als Therapie wird von der Jugend nicht angenommen.

Das heißt, Jugendpolitik ist primär Arbeit mit der Jugend und nicht nur Arbeit für die Jugend.

Arbeit mit der Jugend heißt hier z.B. Gespräch mit der Jugend, Raum für die Jugend, Zeit für die Jugend, Verantwortung für die Jugend.

5. An das Jugendhilfeverständnis der ehemaligen DDR kann und soll nicht angeknüpft werden, so sehr gerade die bei vielen Jugendlichen ausgeprägte Betreuungsmentalität dazu verführen kann.

6. Jugendpolitik muß den Jugendlichen eine Perspektive aufzeigen, d.h. es ist eine ordentliche Schul- und Berufsausbildung zu sichern, es sind Arbeitsplätze zu schaffen, es ist der Jugend der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat genauso nahezubringen wie Weltoffenheit.

Und Jugendliche sind in Aufgaben und Verantwortung einzu-beziehen, d.h., es sind sowohl Werte und Kenntnisse als auch Identität und Heimat glaubhaft zu vermitteln.

Unbeschadet des besonderen Rechtes und der besonderen Pflicht der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder sehe ich Jugendarbeit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

In diesem Kontext ist auch der staatliche Bildungsauftrag zu sehen.

Im Artikel 101 der Verfassung des Freistaates Sachsens ist dazu ausgeführt:

"Die Jugend ist zur Ehrfurcht vor allem Lebendigen, zur Nächstenliebe, zum Frieden und zur Erhaltung der Umwelt, zur Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewußtsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des Anderen, zu beruflichem Können, zu sozialem Handeln und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen."

Dem ist nicht hinzuzufügen.

Das heißt, Bildung als Lebensvorbereitung ist nicht nur Wissensvermittlung, sondern auch Erziehung - und zwar werthafte Erziehung.

Vor diesem Gremium muß ich nicht betonen, daß Schule die gesellschaftliche Institution ist, die mit den von Kindern und Jugendlichen gewonnenen Erfahrungen, Ansichten und Verhaltensweisen am intensivsten konfrontiert wird.

Die gesellschaftlichen und die individuellen Gegebenheiten und Probleme verschiedenster Art machen vor den Türen der Schule nicht halt.

Die vielfach geforderte Öffnung zur Gesellschaft ist in dieser Richtung hergestellt.

Sie erfährt jedoch in der Schule eine Art Stau, weil Schule mit ihren Organisationsformen des Lernens vielfach nicht über die notwendigen Möglichkeiten verfügt, mit den angestauten Einflüssen umzugehen oder anders gesagt, genügend flexibel auf anfallende Konflikte und Bedürfnisse zu reagieren.

Es wäre auch eine Überforderung von Schule, zu erwarten, daß die in die Schule hineingetragenen, weil in der Gesellschaft vorhandenen Probleme, auch innerhalb oder besser nur innerhalb der Institution Schule einer Lösung zugeführt werden können.

D.h. aber, wird Schule mit diesen Problemen alleingelassen oder der Schule die alleinige Verantwortung für gesamtgesellschaftliche und individuelle Fehlentwicklung gegeben, so kann Schule die von der Gesellschaft eigentlichen zugewiesenen Funktionen nur unzureichend erfüllen.

Diese besteht nach wie vor darin, die Schüler durch Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten auf das Leben vorzubereiten.

In einer Zeit, die 1. durch eine enorme Schnelllebigkeit des Wissens gekennzeichnet ist, in der 2. Wissen und Kenntnisse immer schneller aktualisiert und Informationen (insbesondere durch die modernen Medien) kurzfristig verfügbar sind und in der 3. das Konzept des lebenslangen Lernens zunehmend in den Vordergrund rückt, in so einer Zeit darf sich Schule nicht auf die Vermittlung von Fakten beschränken.

Es geht vielmehr darum, mehr Grundwissen zu vermitteln und aus der Fülle des Wissenswerten das Wesentliche herauszugreifen.

Das alles muß einhergehen mit dem Ausbau von Methodenvermittlung und Methodentraining.

Diese Methoden dürfen sich jedoch nicht auf Wissenserwerb beschränken, sondern sollen den Blick auf komplexe Lebenszusammenhänge eröffnen und zugleich Orientierungshilfen sein für die Chancen und Gefahren der Gesellschaft.

Auf Grund der Anforderungen, wie sie an den Einzelnen durch die Gesellschaft gestellt werden, kommen damit der Schule immer mehr allgemeinpädagogische, soziale und kulturelle Aufgaben zu.

Das heißt im Klartext: neben Bildung ist Erziehung und zwar wertorientierte Erziehung zu vermitteln.

Schule erreicht alle und wird von den Heranwachsenden recht lange Zeit und das besonders in einer sehr prägenden Phase besucht.

Sie ist deshalb nicht nur ein Vorbereitungsraum, sondern Lebens- und Erfahrungsraum.

Dafür braucht die Schule organisatorische, inhaltliche und auch finanzielle Freiräume.

Speziell zum Schulwesen im Freistaat Sachsen ist zu bemerken, daß mit Beginn des Schuljahres 1992/93 erstmals die im Schulgesetz verankerten Regelungen in die Praxis umgesetzt sind bzw. werden.

Damit in Verbindung standen bzw. stehen zahlreiche strukturelle, personelle und inhaltliche Änderungen.

Dazu zähle ich die Einführung des gegliederten Schulsystems, die Neuordnung der Schulaufsichtsbehörden und die Neuzuweisung der Lehrer, Schulleiterberufungen, die Lenkung der Schülerströme auf die neuen Schularten und die inhaltliche Neugestaltung der Lehrpläne.

Die einzelnen Schulen und Schularten befinden sich nunmehr in einer Konsolidierungsphase, in deren Verlauf sicher manche der momentan noch vorhandenen Anlaufschwierigkeiten überwunden werden können und in der nach all der Übergangszeit, die für Lehrer, Schüler und Eltern auch zahlreiche Verunsicherungen gebracht haben, Normalität im Sinne einer ausgeglichenen Arbeitsatmosphäre einziehen kann.

Dieser Prozeß wird in den einzelnen Schulen und Schularten unterschiedlich schnell und erfolgreich verlaufen.

Schon jetzt zeichnet sich ab, daß sich die Mittelschulen in Sachsen in einer weitaus komplizierteren Situation befinden als die Grundschulen und Gymnasien.

Sich daraus jedoch jetzt schon wieder in eine der endlosen Schuldiskussionen zu flüchten, führt an den Problemen vorbei, die da heißen: Zunahme von Gewalt jeglicher Form, Intoleranz, kulturelle und soziale Defizite, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit und die auch jenen Bereich betreffen, den ich mit sozio-kultureller Bildung und Erziehung umrissen habe.

Im Kern geht es dabei weniger um die verbale Vermittlung von Werten und Normen, sondern um das Schaffen bzw. Zugänglichmachen von Betätigungsfeldern, in denen Schüler auf der Basis ihrer eigenen Interessen und Bedürfnisse praktisch Werte erleben und sich aneignen können.

Beim Nachdenken über die spezifischen Möglichkeiten von Elternhaus und Schule sollte die Selbstreflexion den Ausgang bilden.

Denn bei allen Ansätzen, Vorschlägen und Projekten dürfen wir von den Schülern nicht mehr erwarten, als wir selbst nicht in der Lage sind, vorzuleben.

Hier sind Lehrer und Eltern gleichermaßen gefordert.

Die Heranwachsenden erleben und beobachten unsere eigene Unsicherheit und Widersprüchlichkeit sehr genau.

Sie wirkt prägender auf ihre Entwicklung, als wir dies vielleicht anzunehmen bereit sind.

Ich sehe es deshalb als eine entscheidene Aufgabe an, Lehrer zu Problemlösungen zu befähigen, indem sie beispielsweise ihre eigene Konfliktfähigkeit weiterentwickeln.

Ziel dieses Fortbildungsschwerpunktes muß es sein, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Dazu gehört auch der Aufbau eines neuen Systems zur Beratung und Unterstützung für Schüler, Eltern und Lehrer durch die Bestellung eines von dem Kollegium bestätigten Beratungslehrers an jeder Schule bzw. durch den Einsatz von Schulpsychologen.

Diese könnten auch für Elternvertreter wichtige Ansprechpartner sein.

Aus all dem Gesagten folgt, daß das Feld für eine Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Schulbehörden sehr groß ist.

Ich wünsche mir deshalb eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen dem Landeselternrat und dem Sächsischen Staatsministerium für Kultus.

Es geht darum, Probleme so schnell wie möglich anzusprechen und bei deren Bewältigung gemeinsam und effektiv die Wahrnehmung der jeweiligen Verantwortlichkeiten zu erreichen.

Ich wünsche mir eine Zusammenarbeit, die nicht nur formal funktionieren muß, sondern die auf die gemeinsame Lösung der anstehenden Fragen ausgerichtet ist.

Darüber hinaus wünsche ich mir, daß die heutige gemeinsame Sitzung des Landeselternrates Sachsens mit dem Landeselternbeirat Baden-Württemberg kein einmaliges Ereignis bleibt, sondern sich als eine schöne Form der Verständigung und Zusammenarbeit weiterentwickelt.

Dr. Husemann

Dresden, d. 04.12. 1992